

Niederschrift über die 6. Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, dem 26.11.2025, ab 18:00 Uhr in der Kreisverwaltung in Burg, Bahnhofstraße 9, Saal Jerichow

Anwesenheit der Mitglieder des Kreisausschusses

Vorsitzender

Herr Dr. Steffen Burchhardt

Fraktion "Wir für das Jerichower Land"

Herr Jens Hünérbein

CDU-Fraktion

Herr Matthias Fickel

Herr Frank Winter

Fraktion AfD

Herr Gerald Lauenroth

Herr Phillipp-Anders Rau

Fraktion DIE LINKE

Frau Gabriele Herrmann

Beigeordneter

Herr Stefan Dreßler

von der Verwaltung

Frau Katrin Erdmann

Frau Claudia Hopf-Koßmann

Frau Ninette Horneffer

Herr Henry Liebe

Protokollführerin

Frau Sabrina Rösler

Vertreter Kreissenorenrat

Herr Dr. Joachim Schröder

es fehlen:

Fraktion "Wir für das Jerichower Land"

Herr Kay Gericke

entschuldigt

Herr Andreas Lange

entschuldigt

Fraktion AfD

Herr Gordon Köhler

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen

- | | |
|---|------------------|
| Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. Einwohnerfragestunde | |
| 4. Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2025 - öffentlicher Teil - | |
| 5. Bericht über die Zusammenarbeit mit dem Magdeburger Tourismusverband Elbe-Börde-Heide e.V. | |
| 6. Jahresabschluss zum 31.12.2022 und Entlastung des Landrates | 01/087/25 |
| 7. Jahresabschluss zum 31.12.2023 und Entlastung des Landrates | 01/108/25 |
| 8. 1. Änderung der Entschädigungssatzung | 01/112/25 |
| 9. Änderung der Kostensätze für die Rechnungsprüfung | 01/086/25 |
| 10. Überplanmäßige Aufwendung im Rahmen der Bildung einer Rückstellung für Prozesskosten | 02/107/25 |
| 11. Personalkosten Mehrbedarf 2025 | 01/110/25 |
| 12. Stipendium zur Verbesserung der zahnmedizinischen Lage im Landkreis Jerichower Land 2025/2026 | 01/103/25 |
| 13. Änderung der KdU-Richtlinie | 01/104/25 |
| 14. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen | |
| 15. Anfragen und Anregungen | |
| 16. Schließen des öffentlichen Teils | |
| 24. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse | |
| 25. Schließen der Sitzung | |

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der Beigeordnete eröffnet um 18:01 Uhr die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest. Bei einer Anwesenheit von fünf beschließenden Mitgliedern stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Der Beigeordnete stellt fest, dass es einen Änderungsantrag zur Tagesordnung gibt.

Die Verwaltung zieht den Tagesordnungspunkt 21 – Personalangelegenheit im nichtöffentlichen Teil zurück.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Der Beigeordnete stellt fest, dass keine schriftlichen und mündlichen Einwohneranfragen vorliegen.

TOP 4

Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2025 - öffentlicher Teil -

Der Beigeordnete stellt fest, dass keine Einwände nach der Geschäftsordnung gegen die Niederschrift vom 10.09.2025 vorliegen.

Die Niederschrift wird einstimmig beschlossen.

Der Landrat betritt um 18:05 Uhr den Sitzungsraum.

TOP 5

Bericht über die Zusammenarbeit mit dem Magdeburger Tourismusverband Elbe-Börde-Heide e.V.

Herr Braunsberger, Geschäftsführer des Magdeburger Tourismusverbandes Elbe-Börde-Heide e.V. berichtet ausführlich über die Tätigkeit des Verbandes sowie der Zusammenarbeit mit dem Landkreis Jerichower Land. Die Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Herr Braunsberger führt aus, dass sein Team aktuell aus fünf Personen besteht. Die Finanzierung des Verbandes besteht zu 80 % aus Fördermitteln, der Restbetrag wird über die Mitgliedsbeiträge abgedeckt. Zur Verfügung steht ein jährliches Budget von ca. 500.000 EUR.

Herr Rau betritt um 18:08 Uhr den Sitzungsraum.

Der Landrat betont wie wichtig die Zusammenarbeit mit dem Magdeburger Tourismusverband Elbe-Börde-Heide für den Landkreis ist und den großen Mehrwert für die Region.

Herr Rau bittet um nähere Informationen zur Zusammenarbeit mit Influencern. Er möchte gerne wissen nach welchen Kriterien diese ausgewählt werden und in welcher Höhe hier eine Entlohnung erfolgt.

Herr Braunsberger führt zu den Auswahlkriterien aus, und informiert die Mitglieder des Kreisausschusses, dass es in diesem Jahr gelungen ist, drei Influencer für insgesamt 3.000,00 EUR zu beauftragen. Er berichtet, auf welchen Portalen die Influencer für das Jerichower Land geworben haben.

Herr Dr. Schröder, Mitglied des Kreissenioresenbeirates, möchte wissen, ob es auch Angebote für Senioren und Menschen mit körperlichen Einschränkungen gibt. Ebenfalls möchte er wissen, ob man auch ohne Internet Zugang zu den Angeboten bekommt.

Herr Braunsberger informiert, dass es Angebote für Senioren und Menschen mit körperlichen Einschränkungen auf der Internetseite des Verbandes aber auch in Papierform als Flyer gibt.

TOP 6**01/087/25**

Jahresabschluss zum 31.12.2022 und Entlastung des Landrates

Vorlage: 01/087/25

Der Landrat erklärt seine Befangenheit zu dieser und der darauffolgenden Beschlussvorlage gem. § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes Sachsen-Anhalt. Er übergibt die Sitzungsleitung an den Beigeordneten.

Der Kreisausschuss überweist die Beschlussvorlage 01/087/25 wie folgt an den Kreistag:

Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss 2022 mit der Bilanzsumme von 178.273.023,97 EUR. Der Jahresüberschuss in Höhe von 432.994,95 EUR wird auf die neue Rechnung vorgetragen.

Der Kreistag erteilt dem Landrat für den Jahresabschluss zum 31.12.2022 die Entlastung.

überwiesen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 1

TOP 7**01/108/25**

Jahresabschluss zum 31.12.2023 und Entlastung des Landrates

Vorlage: 01/108/25

Der Kreisausschuss überweist die Beschlussvorlage 01/108/25 wie folgt an den Kreistag:

Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss 2023 mit der Bilanzsumme von 179.827.391,05 EUR. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von -1.978.666,77 EUR wird auf die neue Rechnung vorgetragen.

Der Kreistag erteilt dem Landrat für den Jahresabschluss zum 31.12.2023 die Entlastung.

überwiesen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 1

Der Landrat kehrt in den Sitzungssaal zurück und übernimmt die Sitzungsleitung. Er informiert die anwesenden Mitglieder über den aktuellen Stand des Jahresabschlusses und übergibt das Wort an Frau Horneffer, Fachbereichsleiterin Finanzen für detailliertere Ausführungen.

Frau Horneffer teilt mit, dass es noch Klärungsbedarf bei der Erstellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2024 gibt. Hier arbeite man jedoch mit Hochdruck daran, so dass sie davon ausgeht, dass der Jahresabschluss 2024 gemeinsam mit dem Haushalt 2026 dem Kreistag vorgelegt werden kann.

TOP 8**01/112/25**

1. Änderung der Entschädigungssatzung

Vorlage: 01/112/25

Der Landrat informiert über die Änderungen in der Entschädigungssatzung.

Der Beigeordnete führt aus, dass an der Formulierung der beiden geänderten Passagen der Entschädigungssatzung nochmals bis zur Sitzung des Kreistages nachgearbeitet wird.

Der Landrat verzichtet daraufhin auf eine Abstimmung der Beschlussvorlage.

Zurückgestellt.

TOP 9

01/086/25

Änderung der Kostensätze für die Rechnungsprüfung

Vorlage: 01/086/25

Herr Hünnerbein berichtet, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen über eine Erhöhung der Gebühren nachgedacht wurde, es hierzu jedoch noch keine Entscheidung gab. Er bittet um eine Erläuterung, warum die IT-Kosten separat aufgelistet werden. Er möchte hierzu nochmals in die Diskussion gehen, bevor er der Beschlussvorlage zustimmt und weist daraufhin, dass die Städte und Gemeinden dadurch finanziell deutlich mehr belastet werden.

Frau Pilz, Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, führt aus, dass sich bei der Erhöhung der Gebühren am anerkannten Gutachten der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) orientiert wurde. Hier wurden ebenfalls die IT-Kosten separat ausgewiesen. Das Gutachten wird als Anlage der Beschlussvorlage beigelegt.

Der Landrat informiert, dass es sich bei der Erhöhung der Gebühren um keine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme handelt, sondern um eine legitime Einnahmequelle, die zur Kostendeckung angehoben werden muss.

Der Kreisausschuss überweist die Beschlussvorlage 01/086/25 wie folgt an den Kreistag:

1. Der Kreistag beschließt die Anlage (Änderung Kostentarif, Stand 01.01.2026) zur
1. Änderung der Rechnungsprüfungsordnung des Landkreises Jerichower Land
2. Die dem Kostentarif zu Grunde liegende Kalkulation wird zur Kenntnis genommen.

überwiesen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 0

TOP 10

02/107/25

Überplanmäßige Aufwendung im Rahmen der Bildung einer Rückstellung für Prozesskosten

Vorlage: 02/107/25

Herr Rau möchte wissen, ob die Bezahlung der rechtlichen Vertretung vor Gericht, per Honorarvereinbarung oder per Kostensatz pro Stunde erfolgt.

Frau Horneffer führt aus, dass die Rückstellung auf Grundlage des Streitwertes und der daran zu bemessenden Gerichtskosten ermittelt wurde. Der Landkreis wird durch das Rechtsamt vor Gericht vertreten, die Beauftragung eines externen Rechtsanwaltes ist nicht vorgesehen. Sie weist daraufhin, dass eine rechtliche Verpflichtung besteht entsprechende Rückstellungen zu bilden. Eine Rückstellung für den Fall, dass Teile der Kreisumlage zurückerstattet werden müssen darf haushaltsrechtlich jedoch nicht erfolgen.

Der Landrat berichtet, dass vor dem Eingang der Klagen zur Kreisumlage eine externe rechtliche Beratung stattgefunden hat, infolge deren man sich einig war, dass keine Prozesshilfe notwendig ist.

Der Kreisausschuss beschließt die überplanmäßige Aufwendung im Rahmen der Bildung einer Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren unter der Buchungsstelle 11 14 02 00.54 31 01 (Rechtsangelegenheiten - Sachverständigen, Gerichts- u.ä. Kosten) in Höhe von 98.390,63 EUR.

beschlossen: Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 11

01/110/25

Personalkosten Mehrbedarf 2025

Vorlage: 01/110/25

Herr Liebe berichtet, dass die Tarifierhöhung zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltes nicht in die Planung einkalkuliert wurde, weshalb nun ein überplanmäßiger Aufwand in Höhe von 713.000 EUR entstanden ist.

Herr Hünerbein bemängelt die Deckung mit der Kostenstelle für die Kreisstraßen und merkt an, das seine Nachsteuerung bei der Verabschiedung des Haushaltes im Juni 2025 wünschenswert gewesen wäre.

Der Landrat weist daraufhin, dass auf Grund der Haushaltssperre keinerlei freiwilligen Leistungen erfolgen können, dies betrifft auch den Straßenbau. Aus diesem Grund ist es prinzipiell egal, welche Kostenstelle als Deckung herangezogen wird, solange sich dahinter eine freiwillige Leistung verbirgt.

Es entsteht ein reger Austausch unter den Mitgliedern des Ausschusses, welcher den Wunsch nach einer realistischen Berechnung der Personalkosten sowie echten Einsparungen bei den Personalkosten für die Zukunft beinhaltet.

Der Kreisausschuss überweist die Beschlussvorlage 01/110/25 wie folgt an den Kreistag:

Der Kreistag beschließt den überplanmäßigen Aufwand mit Auszahlung in Höhe von 713.000,00 EUR für das Budget der Personalaufwendungen/-auszahlungen.

überwiesen Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 2 Enthaltung: 0

TOP 12

01/103/25

Stipendium zur Verbesserung der zahnmedizinischen Lage im Landkreis Jerichower Land 2025/2026

Vorlage: 01/103/25

Herr Rau fragt nach, ob Stipendiaten die erhaltene finanzielle Unterstützung zurückbezahlen müssen, wenn das Studium abgebrochen wird.

Der Landrat informiert darüber, dass bei Nichteinhaltung des Vertrages, wie beispielweise bei Abbruch des Studiums, die erhaltenen Beträge zurückgezahlt werden müssen.

Herr Hünerbein möchte wissen, wie das zusätzliche Stipendium mit der aktuell geltenden Haushaltssperre vereinbar ist.

Der Landrat führt aus, dass er bei einer Zustimmung des Kreistages einen Antrag für eine Ausnahmegenehmigung zur Ausweitung der Stipendien beim zuständigen Ministerium stellen wird.

Herr Dr. Schröder möchte wissen, wie lange die Stipendiaten an den Landkreis gebunden sind.

Der Landrat berichtet, dass dies im besten Fall 5 Jahre sind. Generell richtet sich die Bindung an den Landkreis nach dem Studium analog an die Dauer der Förderung durch den Landkreis während des Studiums. Erhält der Stipendiat eine Förderung über fünf Jahre, ist er danach auch fünf Jahre an den Landkreis gebunden.

Der Kreisausschuss überweist die Beschlussvorlage 01/103/25 wie folgt an den Kreistag:

Der Kreistag beschließt ein zusätzliches Stipendium im Jahr 2025 sowie 4 weitere Stipendien für das Jahr 2026 an Studierende der Zahnmedizin zu gewähren. Für die Regelstudienzeit von 5 Jahren erhalten die Studierenden monatlich 800,00 EUR. Die Förderung ist an eine zukünftige zahnärztliche Tätigkeit im Landkreis Jerichower Land gebunden. Bei Studenten, die bereits das Studium begonnen haben, kann die Gesamtförderung auf die verbleibenden Studienjahre verteilt werden. Die monatliche Unterstützung soll maximal 1.500,00 EUR betragen.

überwiesen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 13

01/104/25

Änderung der KdU-Richtlinie

Vorlage: 01/104/25

Herr Lauenroth fragt nach, ob sich die Änderungen auf das Wohngeld oder auf das Bürgergeld auswirken.

Der Beigeordnete führt aus, dass es sich hierbei um Kosten für die Unterkunft nach SGB II, also für Bürgergeldempfänger handelt. Die Wohngeldgrenzen, welche vom Bund festgelegt werden sind hiervon nicht betroffen.

Herr Fickel möchte wissen, ob es in absehbarer Zeit geplant ist, die komplette KdU-Richtlinie zu überarbeiten. Ihm ist bekannt, dass gerade die Gliederung in drei Bereiche (Wohnräume) einer der größten Anfechtungspunkte bei den Sozialgerichten ist. Ihm sind zwei Urteile bekannt, welche zum Nachteil des Landkreises Jerichower Land auf Grund dieser Gliederung entschieden wurden.

Der Landrat führt aus, dass die Aufteilung der Wohnräume auf einem Gutachten basiert. Der Gesetzgeber regt an, dass die Landkreise an Hand dieses Gutachtens ihre KdU-Richtlinie erstellen. Dies setzt der Landkreis entsprechend um.

Der Beigeordnete ergänzt, dass im nächsten Jahr wieder die große Erhebung des Wohnraumes stattfindet. Er führt aus, dass die KdU-Richtlinie des Landkreises von den

Gerichten anerkannt ist. Bei der großen Erhebung im nächsten Jahr, wird dann ebenfalls geprüft werden, ob es bei den drei Wohnräumen bleibt oder ob hier nachgesteuert wird.

Herr Rau fragt nach, ob es im Landkreis häufiger vorkommt, dass Leistungsbezieher die ihnen überwiesene Miete inklusive Nebenkosten nicht an den Vermieter weiterleiten.

Der Landrat berichtet, dass ihm hierzu nichts bekannt ist., es aber Einzelfälle durchaus geben kann.

Der Kreisausschuss überweist die Beschlussvorlage 01/104/25 wie folgt an den Kreistag:

Der Kreistag beschließt die Änderung der KdU-Richtlinie für den Zeitraum ab 01.01.2026 gemäß der Anlage 1.

überwiesen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 14

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Der Beigeordnete kündigt eine Beschlussvorlage zur überplanmäßigen Auszahlung für die Außenanlage der Sekundarschule Möser für die Sitzung des Kreistages an und führt dazu aus.

Der Landrat informiert darüber, dass es im Kreistag eine erneute Vorlage zur Besetzung der Fachbereichsleiterstelle im Amt für Soziales geben wird, da der Bewerber der heutigen Vorlage kurzfristig abgesprungen ist und nun der Nachrücker die Stelle besetzen soll.

Der Beigeordnete berichtet über die Sperrung mehrerer investiver Maßnahmen im Rahmen der durch das Landesverwaltungsamt verhängten Haushaltssperre. Durch den Landkreis wurde gegenüber dem Landesverwaltungsamt die Unabweisbarkeit der Maßnahmen sehr ausführlich dargestellt und begründet. Daraufhin hat das Landesverwaltungsamt nun die Freigabe für folgende Maßnahmen erteilt:

- Brücke bei Güssow
- Ortsdurchfahrt Ladeburg
- Schulhof der Sekundarschule in Möser
- 2 Grünschnittplätze

Für folgende Maßnahmen wurde keine Freigabe durch das Landesverwaltungsamt erteilt:

- Ortsdurchfahrt Prödel
- Brücke bei Rottenau
- Straße bei Rottenau
- Brücke über die Ihle bei Hohenzitz

Ein Widerspruchsverfahren ist hier nicht möglich, da dieses rechtlich und förmlich nicht vorgesehen ist. Dennoch wurde dem Landesverwaltungsamt ein widerspruchähnliches Schriftstück mit einer nochmaligen Schilderung der Dringlichkeit dieser Maßnahmen zugesandt. Die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes liegt hierzu noch nicht vor

TOP 15

Anfragen und Anregungen

Herr Fickel übergibt eine Anfrage der CDU Fraktion zur Beantwortung in der Sitzung des Kreistages am 10. Dezember 2025.

Herr Hünerbein schildert seinen Unmut über eine Ausgleichsmaßnahme zum Deichbau Hohenwarte, welche in der Region Gommern in Form der Wiederherstellung einer Binnendüne stattfindet. Im Rahmen dieser Wiederherstellungsmaßnahme wurden ca. 4.000 m² Kiefernwald (ca. 120 Bäume) gerodet, was zu einem großen Unverständnis bei den Bürgern führte. Bei solchen Intensivmaßnahmen bittet er darum, dass die Kommune vorab entsprechend informiert und eingebunden wird.

Herr Fickel verlässt die Sitzung um 19:50 Uhr.

Der Beigeordnete informiert, dass der Landkreis die Maßnahme selbst nicht ausführt, sondern dass diese lediglich beim Landkreis beantragt wurde. Er führt zum Sachverhalt und zur Seltenheit von Binnendünen aus. Er kündigt auch an, dass der Landkreis eine ähnliche Maßnahme in Hohenwarte, im Gebiet Taufwiesenberge durchführen wird um die Binnendüne dort zu erhalten. Naturschutzrechtlich muss man die Bäume, welche dort wachsen immer wieder entfernen, da die Binnendüne nicht zuwachsen soll. Bei der Wertigkeit im Naturschutz ist der Erhalt einer Binnendüne, dem Erhalt von Bäumen überstellt.

Es entsteht ein reger Austausch unter den Mitgliedern des Kreisausschusses zur Pflege der Binnendünen und der Kommunikation zwischen dem Landkreis und den Kommunen.

Frau Erdmann, Fachbereichsleiterin des Umweltamtes, informiert und führt ebenfalls zum Sachverhalt aus.

Herr Winter bittet darum, die Bürgermeister der Gemeinden bei solchen Vorhaben, die bei den Bürgern durchaus missverstanden werden können, rechtzeitig zu informieren, damit diese aussagefähig gegenüber den Bürgern sind.

Herr Dr. Schröder, Vertreter des Kreissenorenbeirats, informiert, dass am Morgen Frau Monika Hohmann neue Vorsitzende für die Landessenorenvertretung gewählt wurde.

TOP 16

Schließen des öffentlichen Teils

Der Landrat schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:10 Uhr.

TOP 24

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Landrat stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung zwei Beschlüsse zur Niederschlagung von Forderungen sowie ein Beschluss zu den Grundsätzen des Abfallwirtschaftssystems gefasst wurden.

TOP 25

Schließen der Sitzung

Der Landrat schließt die Sitzung um 20:33 Uhr.

Dr. Steffen Burchhardt
Vorsitzender

Sabrina Rösler
Protokollführerin